
PRESSEINFORMATION

Datum: 20.02.2007
Anschl./Zeile: 99
Zeilen: Blatt: 1 von 2

Insolvenzen in Europa im Jahr 2006

Der Aufschwung in den Industrieländern hat im Verlauf des Jahres 2006 an Fahrt verloren, wobei das Weltwirtschaftswachstum weiterhin robust verläuft. Dabei zeigten sich zwischen den großen Wirtschaftsräumen unterschiedliche Tendenzen. Während sich die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten in den USA und in Japan verringerte, festigte sich der Aufschwung in Europa zusehends.

Die Europäische Kommission rechnet für 2006 mit einem Wirtschaftswachstum in der EU von 2,8 Prozent und im Europa-Gebiet von 2,6 Prozent. Deutschland hat nach ersten Ergebnissen wieder aufgeholt und mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes von real 2,5 Prozent knapp unter dem Schnitt der EU-25. Im Vorjahr gehörte Deutschland mit nur 0,9 Prozent BIP-Steigerung noch zu den Schlusslichtern der EU.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den EU-Staaten plus Norwegen und der Schweiz ist das zweite Mal in Folge rückläufig. Um 8,5 Prozent sank das Insolvenzaufkommen auf aktuell 141.448 betroffene Unternehmen (Vorjahr: 154.510). Nur noch drei der betrachteten 17 Länder weisen noch Zuwächse bei den Insolvenzen auf: Den größten Anstieg meldet Finnland mit einem Plus von 3,2 Prozent auf 2.350 betroffene Betriebe. Portugal verzeichnet eine Zunahme von 3,0 Prozent auf 3.400 Insolvenzen und Großbritannien folgt auf Platz drei mit einem Plus von 2,3 Prozent auf 13.777 Unternehmenskonkursen (Vorjahr: 13.462). Der deutliche Rückgang der Unternehmensinsolvenzen kommt aus Dänemark. Um 20,4 Prozent reduzierte das kleine Königreich sein Insolvenzaufkommen auf jetzt knapp 2.000 Fälle (Vorjahr: 2.497).

Boom der Privatinsolvenzen

Während sich die Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa auf dem Rückzug befinden, entwickeln sich die Konkurse natürlicher Personen in die entgegengesetzte Richtung: Die Privatinsolvenzen in den Ländern, die ein Entschuldungsverfahren für Verbraucher institutionalisiert haben und ihre Zahlen veröffentlichen, haben im vergangenen Jahr deutlich um 30,7 Prozent zugenommen. Insgesamt knapp 257.000 Privatpersonen meldeten 2006 ihren wirtschaftlichen Bankrott an und erstrebten eine Entschuldung. Großbritannien liegt mit einem Zuwachs von 47,2 Prozent an der Spitze, auf Platz zwei folgt bereits Deutschland mit einem Plus von 22,1 Prozent auf 121.800 Betroffene. Gegen den Trend stemmen sich die Niederlande (minus 2,5 Prozent), aber vor allem die beiden skandinavischen Länder Norwegen (minus 24,7 Prozent auf 1.077 Betroffene) und Schweden (minus 15,4 Prozent auf 385 Betroffene).

Unternehmensinsolvenzen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten

Datum: 20.02.2007
Anschl./Zeile: 99
Zeilen: Blatt: 2 von 2

Anders als in Westeuropa steigt die Zahl der Insolvenzen in Mittel- und Osteuropa insgesamt an. Mussten im vergangenen Jahr 18.215 Unternehmen aus den neuen EU-Mitgliederstaaten Konkurs anmelden, sind es aktuell schon 19.682, was einen Anstieg von 8,1 Prozent entspricht. Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen, aber auch den größten Zuwachs, verzeichnet Ungarn mit insgesamt 9.447 Insolvenzen und einem Anstieg von 18,3 Prozent. Den größten Rückgang meldet Slowenien – hier sanken die Insolvenzen um 9,9 Prozent auf 1.246 Betriebe (Vorjahr: 1.383). Polen nimmt in Sachen Insolvenzquote die Rolle des „Spaniens des Ostens“ ein. Lediglich 2 Insolvenzen pro 10.000 aktive Unternehmen sind eine völlig unglaubliche Quote und sprechen für ein nicht funktionierendes Insolvenzrecht. Die größte relative Insolvenzbetroffenheit weisen Slowenien und Estland mit jeweils 136 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen auf.

Härtere Vorschriften in den USA

In Japan nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Verlauf des Jahres 2006 von ehemals 9.498 Fällen auf aktuell 7.905 Fälle ab. Die USA verzeichnen sowohl bei Unternehmens- als auch bei den Privatinsolvenzen deutlich Rückgänge, was an der Einführung der strengeren Konkursregelungen zum 17. Oktober 2005 liegt. Zuvor war es zu einem wahren Ansturm auf die Gerichte gekommen. Im Jahr 2006 meldeten 18.971 Unternehmen den Gerichten ihren wirtschaftlichen Exitus, was einen Rückgang von 51,6 Prozent entspricht (Vorjahr: 39.201). Bei den Privatpersonen beantragten im Jahr 2006 572.696 die Restschuldbefreiung. 2005 waren es noch 2.039.214 – das entspricht einem enormen Rückgang von 71,9 Prozent.